

PRESSEINFORMATION

Berlin, den 29. März 2004

Bundesrat ohne Ministerpräsidenten!

Bisherige Struktur der zweiten Kammer blockiert viele Reformen

Ob Zuwanderung oder Reform der Gewerbesteuer: Immer wieder scheitern Reformprojekte am Votum des Bundesrats oder werden dort verwässert. Deshalb fordert die Stiftung Marktwirtschaft eine Reform des Bundesrats: Nicht die Ministerpräsidenten der Länder, sondern die Landtagsabgeordneten sollen dort Entscheidungen treffen, so die Stiftung in ihrer neuen Publikation „Für eine bürgernahe, effiziente und transparente Politik“ (Band I in der Reihe „Bundesstaatsreform“).

Die Mitwirkung der Landesregierungen an der Bundesgesetzgebung widerspricht nicht nur dem Prinzip der Gewaltenteilung. Sie ist auch eine wesentliche Ursache für die Reformunfähigkeit Deutschlands.

Weil sich durch Landtagswahlen die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat entscheidend verändern können, haben Wahlen auf Landesebene bisher eine von der Verfassung nicht gewollte große bundespolitische Bedeutung. Dies führt etwa im Jahr 2004 zum bundespolitischen Dauerwahlkampf, da die Bürger bei Landtagswahlen immer auch die Bundespolitik im Auge haben. So können weder Landesregierungen noch die Bundesregierung sinnvoll arbeiten. Immer wieder besteht zudem der Anreiz, den Bundesrat parteipolitisch zu instrumentalisieren. Dr. habil. Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft: „Der Bundesrat ist in seiner heutigen Zusammensetzung eindeutig eine Fehlkonstruktion.“

Sinnvoller wäre es, statt den Landesregierungen Landtagsabgeordnete entsprechend den Mehrheitsverhältnissen im Landtag in den Bundesrat zu entsenden. So würden sich Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat nur bei starken Veränderungen der Mehrheitsverhältnisse in den Landtagen ändern. Regierungswechsel in den Ländern blieben fast ohne Einfluß auf die Zusammensetzung des Bundesrats. Dadurch könnte die Landespolitik bei Landtagswahlen wieder an Bedeutung gewinnen. „Die Ministerpräsidenten sollten sich auf die Landespolitik konzentrieren. Dadurch würden Bundes- und Landespolitik besser“, so Gerken.

Zugleich würden problematische politische Tauschgeschäfte zwischen Bundesregierung und den für die Mehrheitsbeschaffung wichtigen Landesregierungen schwieriger; Kompetenzverlagerungen zu Lasten der Landtage wären weniger wahrscheinlich. Ein weiterer Vorteil wäre die Aufwertung des Landtagsmandats. „Dies könnte zu mehr Bürgernähe in der Politik führen“, hofft Stiftungsvorstand Dr. habil. Lüder Gerken. „Denn wenn einer nah am Bürger ist, dann doch der Landtagsabgeordnete.“

(61 Zeilen à 40 Zeichen)

Weitere Themen der neuen Publikation sind:

- Aufteilung der Gesetzgebungszuständigkeiten zwischen Bund und Ländern
- Mitwirkung des Bundesrats an der Bundesgesetzgebung (Zustimmungspflicht)
- Europatauglichkeit des deutschen Föderalismus

Ihr Ansprechpartner:

Dr. Gerhard Schick
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 206057-31
Fax: (030) 206057-57
E-Mail: schick@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de